



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1911

123 (14.3.1911) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-145244](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-145244)

General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.
Eingelohn 20 Pf. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
zuschlag Nr. 2,42 pro Quartal.
Eingel-Nummer 3 Pf.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegraphen-Adresse

„General-Anzeiger
Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (An-
nahme, Druckarbeiten) 841
Redaktion 877
Expedition und Verlags-
buchhandlung . . . 218

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus
in Berlin und Karlsruhe.

Gefesteste und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendsblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 123.

Dienstag, 14. März 1911.

Abendsblatt.)

Die Sozialpolitik vor dem Reichstage.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Berlin, 14. März.

Die Debatte, die sich im Reichstage an den Titel: Gehalt des Staatssekretärs des Innern knüpft, behandelt Fragen der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik, vornehmlich der Sozialpolitik. Nachdem am Samstag die Redner der Rechten und der Sozialdemokraten gesprochen hatten, kam heute die national-liberale Fraktion zum Wort, deren Sprecher Abg. Stressemann mit aller Gründlichkeit und Sachlichkeit zu den wichtigsten Fragen der Sozialpolitik Stellung nahm. Nach ihm hielt der Staatssekretär Dr. Delbrück seine Rede. Zunächst suchte er die allgemeine Frage zu beantworten, ob die Regierung in der Befolgung ihrer sozialpolitischen Aufgaben richtigen Schritt hält. Er suchte die verschiedenen Urteile gegeneinander abzuwägen, legte dabei auch besonders die Äußerung des Sozialdemokraten Fischer fest, daß die sozialen Gesetze „doch einen gewissen Wert“ hätten und gab schließlich die Beantwortung der aufgeworfenen Frage, indem er die finanziellen Wirkungen unserer sozialpolitischen Gesetzgebung untersuchte. Jährlich werden im deutschen Reiche 841 Millionen für sozialpolitische Zwecke aufgewendet; nach Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung und des Privatbeamtengesetzes wird diese Summe über eine Million betragen. Da der jährliche Lebensbedarf der deutschen Volkswirtschaft vier Milliarden ausmacht, so würde nach Berechnung der für soziale Zwecke aufzuwendenden Summe der Aufwand für unsere Sozialpolitik den fünften Teil des jährlichen Zuwachses unseres Nationalvermögens beanspruchen. Der Staatssekretär konnte aufgrund einer solchen Betrachtung sehr wohl das Urteil fällen, daß man angesichts solcher Verhältnisse nicht von klammerlichen Leistungen sprechen dürfe. Daß die soziale Gesetzgebung durchaus nicht ins Stocken geraten ist, suchte er durch den Hinweis auf die sozialpolitischen Gesetzentwürfe zu beweisen, die den gegenwärtigen Reichstag beschäftigen: Reichsversicherungsordnung, Novelle zur Gewerbeordnung, Heimarbeitsgesetz, Arbeitslammengesetz. Alle diese Entwürfe werden aber kaum noch auf diesem Reichstage Gesetz werden. Der Gewerbepolizei sagt der Staatssekretär gute Wirkungen nach; die Verhältnisse der Schieferen des Wuppertales habe sie in musterbildiger Weise geregelt. Man wird dem Regierungsvertreter durchaus beipflichten können, wenn er das Reglementieren nach einer Generalschablone ablehnt. Seine Maxime ist: Je individueller, desto besser. Er ging dann das ihm vorgehaltene Sündenregister durch. Von einer Regelung der Tarifverträge erhofft sich Delbrück unter den gegenwärtigen politischen Zuständen nichts. Und da Tarifverträge in jenen Industriezweigen schon durchgesetzt seien, wo sie erwünscht sind, sei ein Eingreifen der Regierung auch gänzlich nicht erforderlich. Und was die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine anlangt, so ergeben sich da ganz außerordentliche Schwierigkeiten. Ausführlich verweist der Staatssekretär bei den Fragen des Mittelstandes, Gewerbetreibenden, Schulwesen, Organisation und Gründung von Genossenschaften, Abgrenzung zwischen Handwerk und Industrie, Wanderaktionen, Hausierhandel, Submissionswesen sind hier die hauptsächlichsten Fragen. Verschiedene Vorschriften über die Wanderaktionen sollen erlassen

werden; dagegen dürfte es im Hausierhandel beim alten Bleiben, da sich da eine Einigung der verbündeten Regierungen nicht erzielen läßt. Eine reichsgesetzliche Neuregelung des Submissionswesens sei unmöglich; hier ist das Reich nicht in der Lage, den Einzelstaaten oder Kommunen Vorschriften zu machen. Die Frage der Schaffung einer Zentralfabrik für Textilindustrie soll weiter verfolgt werden, wie auch die Regierung ihr besonderes Augenmerk der Baumwollproduktion in unseren Kolonien zuwenden will. Den Erlaß eines Gesetzes über das Syndikatswesen hält der Staatssekretär zurzeit für noch nicht angängig; hier soll die weitere Entwicklung abgewartet werden. Die Erhebungen über die Verhältnisse des kaufmännischen Mittelstandes sollen in die Wege geleitet werden, sobald die Berufs- und Betriebszählung von 1910 abgeschlossen ist. Auch zu den im Reichstage vorgebrachten Beschwerden über die Handhabung des Vereinsgesetzes äußert sich Dr. Delbrück. Er meint, daß sich die Behörden nunmehr in den Geist des Gesetzes hineingelebt hätten; ihm selbst sind überhaupt keine Beschwerden mehr zugegangen, aber auch die Zahl der Beschwerden bei den einzelstaatlichen Regierungen sei stark zurückgegangen. Ein generelles Verbot öffentlicher Umzüge sei vom preussischen Minister des Innern nicht erlassen worden, ein solches wäre auch ungesetzlich. In dem Erlaß dieses Ministeriums werde nur gewünscht, daß die Umzüge „in der Regel“ unterbleiben, weil darin bei den gegenwärtigen politischen Zuständen eine öffentliche Gefahr liege. Der Staatssekretär beschäftigte sich noch mit dem Schuß des Wahlgeheimnisses und den Klagen über die kleinen Wahlkreise, und schließlich mit einem Exkurs auf das Gebiet der Theaterzensur. Preußen hat dem Bundesrat bestimmte Vorschläge unterbreitet, die demnächst beraten werden sollen; eine generelle Regelung der Theaterzensur hält aber der Staatssekretär für durchaus inopportun.

Um 1/2 8 Uhr kommt noch der Abg. Bruhn (ant.) zum Wort. Die gesamte Linke und die Nationalliberalen verlassen ostentativ den Saal, auch der größte Teil der Konservativen entfernt sich, sobald der Apostel der „Wahrheit“ von nur 16 Abgeordneten seine Weisheit über das „jüdische Kapital“, der Warenhäuser und dergl. ablegen muß.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 14. März 1911.

Nationalliberale Anträge.

Im Reichstage haben die Abg. Wasser und Reimer mit Unterstützung der nationalliberalen Fraktion zum Etat des Reichsamt des Innern eine Resolution eingebracht, die schon in früheren Sessionen — so im Winter 1907/08 und 1909/10 — den Reichstag beschäftigt hat und jedesmal angenommen wurde, ohne indessen trotz ihrer Dringlichkeit bei den verbündeten Regierungen bisher Berücksichtigung zu finden. Die Resolution lautet:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag in Aussicht bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend die Unfallvorsorge beim Arbeiten, welche freiwillig zur Rettung von Personen und zur Vermeidung von Gegenständen vorgenommen werden, unter besonderer Berücksichtigung der bei solcher Tätigkeit vorkommenden Gefahren Wasser- und anderer Gefahren.“

„Eine andere Resolution zum Etat des Reichsamt des Innern ist vom Abg. Blankenhorn, ebenfalls mit Unterstützung der nationalliberalen Fraktion, eingebracht worden und verfolgt der Zweck, der Not des Wingerlandes zu steuern. Wie er innerlich, haben die nationalliberalen Fraktionen sowohl des Reichstages wie des Abgeordnetenhauses auf dem Wege der Interpellation schon zu Beginn dieser Session die Aufmerksamkeit der preussischen wie der Reichsregierung auf die Notlage der Winger hingelenkt und im Abgeordnetenhause auch beim Etat des Landwirtschaftsministeriums eine Aussprache über den Gegenstand herbeigeführt. Die Resolution Dr. Blankenhorn hat nachstehenden Wortlaut:

„Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, zum Zweck der Bekämpfung von Pflanzenschädlingen den Bezug von Tabakpflanzen aus dem Ausland ohne Zollentrichtung auf Erlaubnisbescheinigung unter geeigneter Ueberwachung der Verwendung zuzulassen und bei der Bestattung der Ueberwachungsmittel den Bedürfnissen der Wingerberücksichtigung nach Möglichkeit entgegenzukommen.“

Kann der sächsische Landtag die Schiffahrtsabgaben unmöglich machen?

Diese wichtige Frage stellte der Dresdener Reichstagsabgeordnete Landgerichtsdirektor Dr. Heinze sich selbst in einer am Samstag abend im „Livoli“ zu Dresden abgehaltenen öffentlichen Versammlung in seinem Thema über die Schiffahrtsabgaben, und beantwortete sie auch mit einem „Ja“. Der Redner, der selbst der Schiffahrtsabgabekommission angehört, die gegenwärtig den Entwurf in Vorbereitung hat, legte dar, daß das Gesetz vielfach mißverstanden wurde, und gab nun, wie wir den „L. N.“ entnehmen, genaue Aufschluß über die streitigen Bestimmungen.

Wir für Rhein und Weser, so sei auch für die Elbe ein Strombauvertrag vorgeschrieben, der die Schiffahrtsabgaben einzubehalten und die Stromverbesserungen durchzuführen habe. Die Schiffahrtsabgaben können aber erst erhoben werden, wenn ein Viertel der Gesamtkosten der Stromverbesserungen aufgewendet worden ist. Die Küsten müssen einmünden von den einzelnen Bundesstaaten aufgebracht werden. Das Gesetz schreibt eine, übrigens von den sächsischen Schiffahrtsinteressenten gar nicht gewünschte Vertiefung des Stromes von der Saalemündung aufwärts bis zur böhmischen Landesgrenze auf 110 Meter vor. Angenommen, daß die Gesamtkosten hierfür sich auf 80 Millionen Mark belaufen würden, so müßten 20 Millionen Mark verbaut sein, ehe Schiffahrtsabgaben auf der Elbe erhoben werden könnten. Diese 20 Millionen Mark müßten von den Bundesstaaten im Wege der Anleihe, und zwar in diesem Falle in der Hauptsache von Sachsen, beschafft werden. Eine solche Anleihe aufzunehmen, dazu gehört die Zustimmung des sächsischen Landtags. Da nun aber der Landtag in der Frage der Ablehnung der Schiffahrtsabgaben eine letzte Einmütigkeit gezeigt hat, so ist zu erwarten, daß er, sobald eine solche Anleihe von ihm verlangt wird, nicht nur diese ablehnen, sondern auch schon die Kosten zu den Plänen für das Bauprojekt verweigern wird, da nach seinem Dafürhalten und nach Ansicht der Interessenten eine Vertiefung der Fahrrinne nicht nur unnötig, sondern direkt unerwünscht ist. Mit dieser ablehnenden Haltung kann der sächsische Landtag die Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf der Elbe recht wohl verhindern. In der Schiffahrtsabgabekommission hat die Aufwertung dieser Frage durch den genannten Reichstagsabgeordneten

Seuilleton.

Briefe von der Kronprinzenreise.

(Originalbericht des Mannheimer General-Anzeigers.)

VIII.

Nächtliche Auf die indische Reise.

Bombay, 25. Februar.

Mit dem offiziellen Besuch von Kalkutta hat die indische Reise des Kronprinzen ihren Abschluß gefunden. Der Thronfolger hat damit eine Reise beendet, die ihm einen tiefen Einblick in die Verhältnisse einer der bedeutendsten englischen Kolonien verschaffte, und die für ihn mit einer Fülle unvergesslicher Eindrücke verbunden war. Ein kurzer Rückblick wird den ganzen Reichtum dieser Reise ins Gedächtnis zurückrufen.

Am 14. Dezember hat der Kronprinz in Bombay den indischen Boden betreten, von den Vertretern der anglo-indischen Regierung und den Spitzen der Zivil- und Militärbehörden feierlich empfangen. Schon vorher, an Bord der Gaiffenau, hatten sich die Herren des englischen Stabes beim Thronfolger gemeldet, die den Kronprinzen während der ganzen Reise begleiteten. Nach einer mehrstündigen Besichtigung Bombays war der erste Abschnitt der Reise dem Besuch der Höfe von Gaibarabad und Djalpur gewidmet, dem Residenzen zweier der reichsten und unabhängigsten indischen Fürsten. Der Kronprinz hatte hier Gelegenheit, die eigenartigen Beziehungen zwischen den Engländern und den eingeborenen Fürsten aus der Nähe zu beobachten, Beziehungen, von deren glücklicher Regelung die friedliche Entwicklung des Landes zum

großen Teile bedingt wird. Nebenher lernte der Kronprinz bei diesen Besuchen in Djalpur und Gaibarabad den alten sagenhaften Glanz eines orientalischen Fürstentums kennen. Der zweite Teil der Reise, der dem Besuche der nordwestlichen Grenzprovinzen galt, trug fast ausschließlich militärischen Charakter. Der Kronprinz weilte längere Zeit als Gast der Royal Dragoons, deren Chef der Kaiser ist, in Matra und besuchte einige andere hervorragende Grenzregimente, über deren Einrichtungen er sich eingehend informierte. Hier ist besonders der Besuch der Ahalbar-Ruffel auf dem Gaibarabad zu nennen, der den hohen Reiterstand bis an die Grenze Afghanistans führte. Für den Kronprinzen war dieser Teil der Reise mit seinen mannigfachen militärischen Eindrücken von ganz besonderem Interesse; er gewährte dem Thronfolger einen Einblick in das Lagerleben englischer Kolonialtruppen und verschaffte ihm ein Urteil über die Art, wie England sein ungeheures Kolonialreich an der gefährlichsten Grenze zu schützen sucht. Der nächste Abschnitt der Reise gruppierte sich um den Besuch der Ausstellung von Allahabad und brachte den Kronprinzen den wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes nahe, wobei es sich besonders günstig traf, daß durch die Beteiligung deutscher Firmen dem Kronprinzen gleichsam ein Spiegelbild der deutsch-indischen Wirtschaftsbeziehungen geboten wurde, und daß durch die Anwesenheit zahlreicher deutscher Kaufleute der Thronfolger in die Lage kam, aus hauseigenem Munde ein Urteil über die Weiterentwicklung dieser Beziehungen zu hören. Der vierte und letzte Teil der Reise endete umfaßte den Besuch der kulturellen Zentren der indischen Welt, insbesondere den Besuch von Delhi und Benares, wo sich vor den Augen des Kronprinzen das uralte religiöse Leben der Hindus mit all seinen Seltsamkeiten entfaltete, und endlich den Besuch von Kalkutta, in dessen buntem, betrieblichem Leben sich die Tradition einer grauen Vergangenheit mit den Ideen der modernsten Gegenwart zu einem einzigartigen Bilde vermischt.

So hat der Kronprinz während seines zweimonatigen Aufenthaltes in Indien die Verhältnisse dieser englischen Kolonie sowohl in politischer wie in militärischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung eingehend kennen gelernt. Natürlich grenzten sich die einzelnen Abschnitte der Reise, wie sie oben skizziert wurden, nicht scharf von einander ab; sie griffen vielmehr ineinander über, ohne jedoch dadurch an instruktivem Wert für den Kronprinzen zu verlieren. Denn die indische Regierung dachte — und der Kronprinz war ihr für diese Aufmerksamkeit besonders dankbar — ihre Sorgfalt vor allem darauf gerichtet, daß ihrem hohen Gäste während der ganzen Reise die besten Kenner des Landes zur Seite standen, die stets in der Lage waren, ihn über jede auftauchende Frage zu informieren. Der englische Stab des Kronprinzen setzte sich in der Hauptsache aus hohen Verwaltungsbeamten zusammen, die in jahrzehntelanger Erfahrung einen tiefen Einblick in alle Probleme des indischen Lebens haben. In dieser ständigen Umgebung des Kronprinzen gefühlten sich — je nach der Gelegenheit — besondere Autoritäten: die englischen Residenten in Gaibarabad und Djalpur, Offiziere beim Besuch der Grenzprovinzen, kaufmännische Sachverständige in Allahabad, Archäologen und Kunstgelehrte in Delhi und Agra usw. Neben der bewundernswürdigen Aufmerksamkeit der Thronfolgers, die nie zu ermüden schien, war es vor allem dieser Aufmerksamkeit der Regierung zu danken, daß die Reise für den Kronprinzen so außerordentlich reiche Früchte trug, und daß es möglich war, jedem Tage, ja jeder Stunde ihren besonderen Inhalt zu geben. Nur so war es auch möglich, daß der Kronprinz in verhältnismäßig kurzem Zeitraum sich einen Kenntnis über indische Verhältnisse aneignen konnte, zu deren Studium unter gewöhnlichen Bedingungen ungleich längere Zeit erforderlich wäre.

Neben diesen Bestrebungen, die Äußerungen des indischen Lebens in seinen verschiedenen Formen kennen zu lernen, fand der Kronprinz Zeit, sich dem Sport zu widmen und an eini-

am Samstag die Verichter des Entwurfs in erge Verlegenheit
gesetzt. Schließlich haben sie darauf hingewiesen, daß dies Sache
des inneren sächsischen Staatsrechts wäre.

Man sieht also, daß sich den Schiffahrtsabgaben Schwierig-
keiten über Schwierigkeiten entgegenstellen, daß infolgedessen an
eine Verabschiedung des Beschlusses im gegenwärtigen Reichs-
tag wohl kaum zu denken ist, und daß noch viel Wasser Elbe
und Rhein hinunterfließen wird, ehe die preussischen Abge-
ordneten sich um Ziele ihrer Wünsche sehen werden.

Fabrik und Handwerk.

Mit Rücksicht auf die zum 7. April ins Reichsamt des Innern
einberufene Handwerkerkonferenz geben wir nachstehend die Be-
schlüsse bekannt, die von Handfabrik einberufene Konferenz
von Handwerkern und Industriellen in ihrer Sitzung vom 23.
Februar gefaßt hat.

Der Beschluß über die Abgrenzung von Fabrik und Hand-
werk hat folgenden Wortlaut:

„Um eine praktisch brauchbare Grundlage für die noch im-
mer schwankende Grenze der Begriffe Handwerk und Fabrik
aus den Kreisen der direkt Beteiligten zu gewinnen, empfiehlt es
sich, seitens des deutschen Handelstages wie des Handwerks-
lammertages Gutachten über diese Frage erstatten zu lassen.
Auf Grund dieser Gutachten sollen alsdann allgemeine, für
das ganze Reich gültige Bestimmungen erlassen werden. Zur
gleichmäßigen Durchführung dieser Bestimmungen soll eine
Reichsgutachterbehörde geschaffen werden.“

Für die Heranziehung der Industrie zu den An-
sätzen der Lehrlingsausbildung durch das Handwerk
einigte sich die Konferenz auf folgenden Vorschlag:

„Die Industrie leistet für jeden gewerblichen Arbeiter, der
eine Lehre bei einem Angehörigen einer Handwerkskammer durch-
gemacht oder von dem Prüfungsausschuss einer Handwerkskam-
mer eine Prüfung abgelegt hat, einen Beitrag von 50 Pfennig
jährlich an die Handwerkskammer des zuständigen Bezirks. Zur
Mitbestimmung über die Verwendung der von der Industrie
an die Handwerkskammern geleisteten Beiträge kann die In-
dustrie Vertreter zur Handwerkskammer entsenden; desgleichen
kann sie Vertreter für den Prüfungsausschuss der Handwerkskam-
mern stellen, wenn es sich um Lehrlinge handelt, die in der In-
dustrie vorgebildet sind.“

Beide Beschlüsse, wie sie vorstehend mitgeteilt sind, wurden
von der Konferenz nach eingehender, mehrstündiger Erörterung
 einstimmig gefaßt.

Deutsches Reich.

— Einführung des achtstündigen Arbeitstages. Der Arbeit-
geberverband der Lausitzer Tuchindustrie hat beschlossen, vom
1. Oktober ab für alle Arbeiter den achtstündigen Arbeitstag
 einzuführen.

— Gegen die Fleischsteuerung. An den Reichstag und den
Reichsanwalt hat der Präsident des deutschen Handelstages eine
neue Eingabe wegen der Fleischsteuerung gerichtet. Es wird darin
lebhafte Bedauern, daß den wiederholten Vorstellungen des Han-
delstages keine Folge durch die Regierung gegeben wurde. Es sei
eine zwingende Notwendigkeit, nach jahrelangem Jögern endlich
ernstliche Vorkehrungen zu treffen, um die bestehenden Mißstände
 zu beseitigen.

Reichstagswahlen 1911.

Der Aufmarsch der Sozialdemokratie.

Nicht weniger als 380 Reichstagswahlkreise sind von der
sozialdemokratischen Partei für die nächsten Reichstagswahlen
besetzt worden. Auch die fehlenden acht Kreise werden Kan-
didaten erhalten; doch hat sich deren Aufstellung aus verschie-
denen Gründen noch verzögert, so daß sie in die jetzt veröffent-
lichte Liste des „Vorwärts“ nicht Aufnahme finden konnten.
Es fehlen noch Kandidaten für die beiden sächsischen Kreise
Görlitz-Görschitz und Löwenberg, für den hannoverschen Kreis
Gelle-Giffhorn, für den Zentrumswahlkreis Olpe-Ärnsberg in
Westfalen und den nordhessischen Kreis Vellmar-Verborn. Ebenso
ist die Kandidatur für Kaiserlautern, die beiden württembergi-
schen Kreise Ebingen und Ulmstadt nicht besetzt worden.

Das Bemerkenswerteste an dieser Aufstellung ist diesmal der
selt vollständige Fortfall der Kandidaturen. Diesel, der bei
früheren Wahlen in sehr vielen Kreisen Kandidat war,
ist diesmal nur außer in seinem alten Wahlkreis Hamburg in
dem zum Regierungsbezirk Rachen gehörenden Kreise Geilenkirchen
und in dem zum Regierungsbezirk Erfurt gehörenden Kreise
Heiligenstadt-Worbis aufgestellt worden. In beiden Fällen kan-
didiert er gegen den Zentrumskandidaten. Die Besetzung
des Zentrums, das geht aus der Liste hervor, ist diesmal
 anscheinend die Hauptaufgabe der Partei. Sonstige Kandida-

Jagdpartien teilnehmen. Die Kritiken, die ein Teil der deutschen
Presse an diesen Punkt geknüpft hat, sind den Engländern völlig
unverständlich gewesen. Sie würden es, wie ein englisch-indisches
Blatt sich ausdrückt, nicht verstanden haben, wenn ein sport-
freudiger Tourist im Alter des Kronprinzen die Gelegenheit, neue
Sportweize kennen zu lernen, unbenutzt hätte vorbeiziehen lassen.
Über abgesehen hiervon waren diese Kritiken besonders deswegen
überflüssig, weil sie ein so völliges Mißverstehen der tatsächlichen
Verhältnisse verrieten. Die englische Herrschaft in Indien beruht
fast vollständig auf der Ausbildung eines bestimmten Beamten-
typus, jener Handvoll Männer, die das I. C. S. (Indian Civil
Service) mit berechtigtem Stolz hinter ihren Namen setzen. Und
ähnlich, wie das politische Leben im Mutterlande mehr auf Tra-
dition als auf geschriebenen Normen beruht, wird man in der
Verwaltung Indiens wenig Dogmen, wenig festgelegte Prinzipien
finden. Alles beruht auf dem Charakter dieser Männer, die
gleichsam ohne vorherige Verabredung diesen ungeheuren Kontinent
regieren, bedeuten wenig, die Persönlichkeiten bedeuten
alles. Wer mit Hilfe bestimmter Prinzipien in die englisch-indischen
Verwaltungsmethoden einbringen wollte, würde daher nicht weit
kommen; man muß jenen Beamtentypus von Grund aus kennen
und verstehen lernen, wenn man die Wurzeln der englischen Herr-
schaft finden will. Das hatte der Kronprinz von Anfang an mit
scharfem Blick erkannt, und nichts hat ihn dabei so gute Dienste
geleistet, wie seine Neigung für jede Art Sport. Auf dem Sport-
felde ist er ein Herr von Civil Service persönlich nahe getreten,
beim Sport, wo sich der Engländer freier als irgend sonst gibt,
hatte er Gelegenheit, Bekanntschaften anzuknüpfen, die ihn in den
Geist des englisch-indischen Beamtentums einen tiefen Einblick ge-
währt. Unter diesem Gesichtspunkte ist es auch zu verstehen,
wenn ein englisches Blatt schrieb, Sanskrit zu studieren, habe der
Kronprinz auch in Berlin die Möglichkeit; wenn er aber noch

daten sind noch Rechtsanwalt Haase-Königsberg, der früher schon
dem Reichstag angehört, und Redakteur Sprißner-Röll. Haase
ist Kandidat in sechs östpreussischen Kreisen und Sprißner hat
die Kandidatur für vier rheinische Kreise übernommen. Doppelt
aufgestellt ist bloß noch der Parteifreier Dorn-Stettin, der für
die beiden pommerischen Kreise Witow-Schlawe und Kolberg-Rö-
ßlin kandidiert.

Die bisherigen Vertreter der Partei im Reichstage
sind fast sämtlich wieder aufgestellt. Im dritten Berliner
Wahlkreise hat der Parteifreier Spannsch den bisherigen Ver-
treter, Rechtsanwalt Heine, verdrängt, der sich jetzt um das
Dessauer Mandat bewirbt. In Stettin ist der frühere Vertreter
durch den vormaligen Berliner Stadtverordneten Quast Voigt,
herr erlegt worden. Im vierten Berliner Wahlkreise kandidiert
an Stelle des verstorbenen Singer der Gewerkschaftsbeamte Otto
Büchner. Eine Prüfung der Liste ergibt, daß ein großer Teil der
Kandidaten Parteiangehörige oder Gewerkschafts-
angehörige sind, und nur ein kleiner Teil zählt zu den Ge-
werbetreibenden und zu den Angehörigen der freien Berufe.

Aus anderen Zeitungen und Zeit- schriften.

Die Zusammenhänge der Wahlverhältnisse des Zentrums aufzu-
machen, sie kommt dabei zu äußerst tröstlichen Resultaten:

Ein Ausblick von Innenstadt läßt das Zentrum hoffen,
bei den nächsten Wahlen etwa dieselbe Zahl von Handwäh-
lern wie 1907, in welchem Jahre es 88 waren, haben zu fin-
nen. Und in den Stichwahlkreisen des Zentrums haben, zum
Beispielen der ästhetischen Linien und der mit ihnen gebenden
Liberalen, nicht überall die Sozialdemokraten und Liberalen —
wenigstens nicht allein — das entscheidende Wort, das ja stets
gegen das Zentrum lauten dürfte, zu sprechen. Das trotz des
besten Willens auch ein Großblock nicht alle Stichwahlkreise
des Zentrums verhindern kann, haben ja die letzten badischen
Landtagswahlen zum Bedauern der Liberalen und Sozialdemo-
kraten bewiesen, und auch die Erziehung in Innenstadt-Bindau
ließ ja infolge von 900 Zentrumstimmen den Vorprung des
Großblocks von 200 auf 1800 Stimmen zusammenschmelzen.
So zeigt eine nüchterne Betrachtung, daß diejenigen Recht be-
halten werden — und sie finden sich auch in großer Zahl im
feindlichen Lager — die eine wesentliche Schwächung des
Zentrums bei den kommenden Wahlen für ausgeschlossen
halten. Die Wahl in Innenstadt-Bindau gibt keinerlei An-
haltspunkte, etwas anderes erwarten zu müssen.

Italiens Jubelfeier — des Vatikan's Trauer, von diesem
Thema handeln die „Leipz. N. Nachr.“ also:

Das Papsttum hat nichts vergessen, und es hält noch immer
von den Höhen des Vatikan's her die Faust gegen den Diktator,
und durch alle Welt hallt seine Stimme, um die Kläffigen zu
warnen, daß sie an den Felsen nationaler Erinnerung nicht teil-
nehmen sollen. Wie haben Sie glauben können, daß jemals der
heilige Stuhl über die Frage der weltlichen Herrschaft Vergleiche
treffen würde? „So fragt in Solas Rom Kapit Leo den Abbé
Pierre Froment. Das ist die Chimäre eines Unwissenden, der
sich über die Bedingungen, unter denen das Papsttum bisher
gelebt, unter denen es weiter leben muß, wenn es nicht von der
Welt verschwinden will, keine Rechenschaft gibt. Nein, dieser
römische Boden gehört uns, er ist der unerschütterliche ewige Boden,
auf dem die heilige Kirche erbaut ist.“ Deshalb wird nie und
nimmermehr das Papsttum sich innerlich mit der Einheit
Italiens versöhnen, deshalb nehmen seine Anhänger nicht teil
an der Freude, die jetzt die Herzen der ganzen Nation durch-
strömt, deshalb sieht es mit Bitterkeit, wenn die Fürsten und
Völker Europas Anteil an dieser Freude nehmen, obwohl doch
die Erinnerungsfeste der Zeit vor fünfzig Jahren gelten, nicht
jenem Tage, als die Truppen Viktor Emanuels in das jubelnde
Rom einzogen, und eine Volksabstimmung mit mehr als hün-
dertjähriger Mehrheit die Einverleibung der Stadt in den Ge-
samtsaat beschloß. Wenn das deutsche Volk so bringend nach
einem äußeren Zeichen dafür verlangt, daß auch sein Kaiser-
haus innerlich an den Erinnerungen teilnimmt, die jetzt das
Volk Italiens zu einer Reihe von Festtagen rufen, so ist dies
nicht nur in der Gleichheit des Schicksals der beiden Völker,
sondern auch in der Gemeinamkeit des Bewusstseins begründet,
daß von dort, wo die italienische Freiheit bedroht ist, sich auch
Gefahren für die geistige Freiheit unseres eigenen Volkes er-
heben.

In der „Reformation“ behandelt Ernst Bunte mit gro-
ßem Ernst und Nachdruck die Möglichkeit, daß die heutige vati-
kanische Politik auch in Deutschland zu einer Trennung von Staat
und Kirche führe:

„Die deutschen Katholiken werden sicherlich nur ungern in
den Kampf hineingehen, der sie ihre Vorzugsstellung kostet. Aber
geistliche Notwendigkeiten gehen über die Drogenwünsche der

Indien gekommen sei, um Menschen kennen zu lernen, so habe er
diesen Zweck voll zu erreichen verstanden.

Denn ist hier noch auf einen anderen Punkt als auf eine
gewiß nicht unerwartete Nebenwirkung aufmerksam zu machen.
In diesem englischen Milieu hat gerade die Vorliebe für den
Sport dazu beigetragen, den Kronprinzen populär zu machen, ihm
die Sympathien nicht nur derer zu verschaffen, mit denen er ver-
söhnlich in Berührung kam, sondern darüber hinaus die Sympathien
der ganzen öffentlichen Meinung. Die Engländer —
und was hier von den Engländern gilt, gilt in gleicher Weise von
den europäisch, d. h. englisch erzogenen Indern — waren freudig
überwiegend, im Kronprinzen einen Mann kennen zu lernen, der
seiner ganzen Weisheit nach ihnen so ungemüht nahe stand, mit
dem sie sich von der ersten Stunde an verstanden. Und als Folge
dieser Wahrnehmung drängte sich von selbst die Erkenntnis von
der Wesensähnlichkeit der beiden Völker auf, und die Sympathien,
die der Kronprinz in seiner Person erworben, übertrugen sich
unwillkürlich auf das Volk, dem er angehört. Während der
ganzen Reise konnte man beobachten, wie dieser Prozeß sich lang-
sam entwickelte, und die Tage von Kalkutta, die dem Kronprinzen
aus allen Schichten und allen Klassen der Bevölkerung einen so
überraschend herzlichen Empfang brachten, bildeten den Abschluß
dieses Prozesses. Es sei gestattet, hierfür eine charakteristische
Blätterstimme wiederzugeben. „Das gleiche Sachfenst“, —
schreibt der Engländer, nachdem er von den Sympathien ge-
sprochen, die sich der Kronprinz überall in Indien erworben —
„steht in den Mägen von Briten und Germanen. Ihre Kultur
und ihr Charakter sind fast identisch . . . und die Reise des Kron-
prinzen muß unter diesen Umständen als ein Ereignis von hohem
politischen Wert betrachtet werden. Es muß dazu dienen, die Bande
der Verwandtschaft zwischen den beiden Nationen zu festigen, deren
gemeinsamer Ursprung Friede und Eintracht zwischen beiden
führen sollte. Kalkutta begrüßt den Prinzen, dessen Einfachheit

Menschen hinweg. Die Hoffnung mancher Protestanten, daß die
deutschen Katholiken sich von Rom loslösen wer-
den, halten wir für eine Utopie, die nicht mit den religiösen
Kräften der katholischen Kirche rechnet. Kleine Abspaltungen
kommen bei den großen geistlichen Auseinandersetzungen nicht
in Betracht. Die deutschen Katholiken werden, es auch gewiß
mit schwerem Herzen, die Politik des römischen Stuhls durch-
setzen. Auch der preussische Staat wird nur der Not
gehörten, nicht dem eigenen Triebe der Staatsmänner, an
diese überaus folgenschwere Geheißgebung heranzugehen. Aber
die päpstliche Zentralregierung der katholischen
Kirche wird sie eines Tages dazu zwingen, wenn nicht schon
vorher die protestantischen Stimmungen im deutschen Volk,
besonders die der Verfechter der Staatsallgewalt
die Geheißgebung in Fluß bringen.“

Die „Kreuz-Zeitung“ aber findet den Artikel Buntens
sehr bemerkenswert und richtet einige Mahnungen an die ewan-
gelische Kirche, sich auf alle Eventualitäten gefaßt zu machen:
Nach der neuesten Entwicklung der Dinge erscheint es doch
wieder recht fraglich, ob die päpstliche Zentralgewalt den letzten
entscheidenden Schritt tun will, um den preussischen Staat zu
einer Trennung von der Kirche zu zwingen, und selbst bei unsern
Liberalen scheint die Kulturkampfneigung wieder abzuflauen.
Denn aber halten wir die Mahnungen Ernst Buntens an die
evangelische Kirche, sich gerade in Friedenszeiten auf die kom-
menden schweren Entscheidungen vorzubereiten, für sehr be-
herzigenswert.

Da hier gerade ein von der babilischen Zentrumspresse gegen
die nationalliberale Partei außerordentlich häufig ausgeschlachtete
Thema behandelt wird, so wollen wir doch daran erinnern, daß
dieses selbe babilische Zentrum, das sich heute nicht genug
erträufen kann über die liberalen Anhänger des Trennungsgeset-
zens, noch 1877 die Forderung einer erblichen und voll-
ständigen Trennung von Staat und Kirche im Pro-
gramm hatte. — Man sieht, wie berechtigt die heutige Entrüstung
über die liberalen Kirchenfeinde.

Dritter hessischer Handwerkertag.

Wannheim, 14. März. (Von unv. Korresp.) Der dritte hessische
Handwerkertag, der auf Veranstaltung der Hess. Handwerkskammer für
heute in die Niederstiege einberufen war, erfreute sich aus allen Teilen
des Großherzogtums eines guten Besuches. Die Verhandlungen
wurden von Gewerberat Hark-Wannheim geleitet. Von Seiten der
hessischen Regierung waren Ministerialrat Böllinger, Geh. Ober-
regierungsrat Dr. Wagner, die Bauärzte Wagner und Knapp, für die
Stadt Wannheim, Oberbürgermeister Göttemann, für die großh. Zentral-
stelle für die Gewerbe-Reg.-Rat Knapp, Gewerberat Heuter und
für das Kreisamt Wannheim Reg.-Rat Dr. Schön erschienen. Nach der
Begrüßung durch den Vorsitzenden brachte Ministerialrat Böllinger
Grüße der Hess. Regierung und forderte die Handwerker auf, ihre
Wünsche heute zu äußern, indem er ihnen zurief: „Berat mit der
Sprache.“ Ebenso waren begrüßt Oberbürgermeister Dr. Göttemann
die Versammlung, worauf der Vorsitzende eine Reihe von ge-
schäftlichen Mitteilungen machte.

Ueber das Verhandlungsverfahren sprach an Stelle des durch
Krankheit verhinderten Stadtd. Zames-Tarumhadt der Handwerks-
kammerpräsident Engelbach-Tarumhadt, der besonders die Ver-
schiebung des neuen Gesetzes betonte. In der Diskussion brachte der Vor-
sitzende zum Ausdruck, daß man mit den bestehenden Bestimmungen
zufrieden und der Regierung dafür dankbar sein könne.

Stadtd. Engelbach sprach dann über die Vertretung
von Privilegierten an Gewerbeämtern. In der folgenden
Debatte kamen die Freunde, wie die Gegner der neuen Vor-
berungen zum Wort, doch wurden Beisetzungen nicht gefaßt. Ueber das
Welterzählungsverfahren referierte Obermeister Zames-
Tarumhadt, der ausführte, daß man an der bisher herrschenden Ein-
richtung festhalten solle. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß
man den Wünschen nach Zentralisation, auch wenn die Kosten etwas
höher seien, nicht nachkommen solle, da sich die bisherigen Einrich-
tungen gut bewährt haben.

Die Fürsorge für die gewerbliche Jugend war
Gegenstand des von Landesmeister Ringelshmidt-Wannheim gehaltenen
Referates, wobei der Redner es für sehr wünschenswert erachtete, daß
überall dort, wo bisher konjunkturelle Verhältnisse nicht beherr-
schend, derartige Beiräte im Interesse der Jugend gegründet werden
sollten. Die Handwerkskammer werde derartige Anträge nach Kräften
unterstützen. Eine Reihe vorliegender Anträge sollen nach einem Referat
des Stadtd. Engelbach teils in den Kreisvereinen, teils durch das
Büreau der Handwerkskammer erledigt werden. Nach verlesenen
Dankesworten wurde nach vier Uhr die sehr ausgedehnte
Verhandlung geschlossen. Dem Wunsch nach dem nächsten
Zusammentritt des Handwerkertages soll nur entprochen werden,
wenn hinreichend wichtiges Material dazu vorliegt.

Aus Stadt und Land.

Wannheim, 14. März 1911.

Die Hauptergebnisse der Volkszählung.

Bei dem weit über die eigene Gemarkung hinausreichenden
populationistischen Einfluß unserer Städte darf übrigens des
Wachstums der Nachbargemeinden bei der Beurteilung
der Stärke städtischer Bevölkerungszunahme nicht außer acht ge-
lassen werden. So sind jetzt unsere babilischen Nachbargemeinden

und Aufrichtigkeit alle Herzen gewonnen hat, als einen tüchtigen
Soldaten und schneidigen Sportmann . . .

Aus diesen und ähnlichen Pressestimmen läßt sich erkennen,
wie unerschrocken die Angriffe gegen die Haltung des Kronprinzen
gewesen sind. Gerade dieser Haltung, diesem frischen, lebenswär-
digen und sportfreudigen Wesen, das dem Thronfolger eigen ist, ist
es zu danken, wenn seine Reise durch Indien zu ihrem Ziele dazu
beiträgt, die Freundschaft zwischen den beiden Nationen zu festigen.
So darf auch in dieser Beziehung die Reise des Kronprinzen als
ein voller Erfolg betrachtet werden, und auch unter diesem Ge-
sichtspunkte ist aller Grund vorhanden, den ganzen Verlauf der
Reise aufs lebhafteste zu begrüßen.

Der englisch-indischen Regierung aber muß auch an dieser
Stelle für die unergleichliche Gastfreundschaft gedankt werden, mit
der sie den hohen Reisenden empfangen hat, und die während seines
Aufenthalts auf indischem Boden niemals versagte. Insbesondere
gehört dieser Dank den englischen Herren, die dem Kronprinzen
zur Begleitung zugeteilt waren, und denen die eigentliche Organi-
sation des Reiseplanes oblag: Sir Harold Stuart, Oberst Pitt,
Major Steel und Mr. Bell. Mit nie ermüdendem Eifer und mit
stets gleicher Lebenswürdigkeit erfüllten diese Herren ihre schwe-
rige und verantwortungsvolle Aufgabe, und der herzliche Dank,
den ihnen der Kronprinz bei seinem Scheiden ausdrückte, war eine
wohlverdiente Anerkennung ihrer mühevollen Tätigkeit.

So hat denn die indische Reise des Kronprinzen ihren Abschluß
gefunden. In zweimonatigem Aufenthalt hat der Kronprinz die
Verhältnisse einer der bedeutendsten englischen Kolonien kennen
gelernt und sowohl die politische, wie die militärische, wirtschaftliche
und kulturelle Seite des indischen Lebens aus der Nähe beobachtet.
Während des ganzen Verlaufes der Reise haben alle Faktoren ge-
samtgewirkt, um dieses Ziel zu erreichen. Möge fernere
Reisen des Thronfolgers ein ebenso harmonischer und ebenso be-
friedigender Verlauf beschieden sein!

Namen der Rosa Blazet, die andere aber mußte nolens volens folgen. Es soll sich um die Angelegenheit eines auswärtigen Unternehmers handeln, der mit den Schwestern verträgliche Streitigkeiten hatte. Das Kind wurde in der Obhut der Wärlerin belassen. Diese Verhaftung wird interessante Streitfragen zeitigen; denn es fragt sich, ob sich der Staat nicht gegen die ungeschuldige Schwester eine Freiheitsverabreichung zu Schulden kommen läßt. Zweifellos wird sie gegen die Verhaftung Einspruch erheben können, und wenn sie dann triumphierend die Felle verläßt, muß wieder die andere nolens volens folgen. Das ist ein circulus vitiosus, eine böse Kugel, die den Juristen zum Knaben aufgeben wird. Der einzige Trost bleibt diesen unglückseligen Geschöpfen, daß ihre Verhaftung wieder eine glänzende Kellame für sie bildet. Die Sache wird jedenfalls ein paar Tage die Öffentlichkeit beschäftigen, und daraus werden die Geschwister später wieder Gewinn ziehen.

Die Mache des Chauffeurs. Ein lustiger Vorfall, der zeigt, daß Theorie und Praxis oder daß die Bestimmungen des Strafgesetzbuches sich nicht immer mit den Anforderungen des täglichen Lebens decken, ereignete sich vor kurzem in Hamburg. Ein bekannter Landrichter hatte etwas lange in Morphens' Armen gelegen und wollte nun eiligst nach seinem Amtszimmer im Strafjustizgebäude, da er eine wichtige Sitzung wahrzunehmen hatte. Er stürzte auf die Straße, winkt einem vorbeifahrenden freien Kraftwagen heran und ruft dem Fahrer zu, ihn nach dem Strafjustizgebäude zu fahren, und zwar so rasch als möglich. Das Auto setzte sich in Bewegung, jedoch mit einer Geschwindigkeit, daß die elektrischen Straßenbahnen, die Pferdebockchen und selbst die Fußgänger den Wagen überholten. Mit Vorsicht werden die Straßenzugänge befahren, in weitem Bogen wird allen Schaulustigen ausweichen, die vorchristlich hält der Chauffeur hinter einem Straßenbahnwagen, dessen Passagiere im Aussteigen begriffen sind. Der Herr Landrichter stampfte nervös mit den Füßen und winkt in sich hinein. Endlich mit großer Vorsicht angekommen und den Fahrpreis bezahlend, fragte er den Chauffeur, warum er denn in aller Welt so langsam gefahren sei? Da erwiderte dieser treuerichtig: „Ja, wissen Sie, Herr Landrichter, Sie haben mich erst gestern in fünfzig Mark Geldstrafe wegen Nebertretung der Straßenordnung für Kraftwagen genommen, da wollte ich heute ganz genau nach diesen Vorschriften fahren.“

Ueberfall auf einen Gefängniswärter. Franzbrud. 10. März. Der wegen Raubes zu 1/2 Jahren schwerem Kerker verurteilte Sträfling Steininger und der wegen Mordversuchs in Untersuchungshaft befindliche Arrestant Klotz überfielen heute während des Spazierganges im Jannbruder Gefängnishof den begleitenden Aufseher Senoner; sie betäubten ihn durch Dichte mit einem ausgerissenen Bettstübe und raubten ihm die Gefängnischlüssel, mit denen sie dann die Türen aufsperrten. Die beiden Verbrecher gelangten ungehindert ins Freie; Senoner kam aber bald darauf wieder zum Bewußtsein und hatte so viel Kraft, die Alarmglocke zu ziehen und das Aufseherpersonal zu verständigen, dem es denn auch bald gelang, die beiden Häftlinge wieder einzufangen. Die Verletzungen Senoners sind schwer aber glücklicherweise nicht lebensgefährlich.

Nachtrag zum lokalen Teil.

Die Beförderung der Karl-Theodor-Glocke aus den Turm der Jesuitenkirche ging heute morgen ohne Zwischenfall von statten. Um 11 Uhr befand sich die Glocke im Turm.

Aus dem Großherzogtum.

Edingen, 13. März. Vor einigen Tagen brachten wir die Meldung über den Brand des Anwesens der Gebr. Wenz, nach welcher als Ursache des Brandes Kurzschluss vermutet wird. Wie uns mitgeteilt wird, ist diese Annahme nicht zutreffend. In dem Raum, in welchem das Feuer ausbrach, ist eine elektrische Leitung überhaupt nicht installiert. Das elektrische Licht in einem Nebenraum aber war noch während des Brandes in Ordnung und die Untersuchung der elektrischen Kräfteanlage am folgenden Tage hat ergeben, daß die Sicherung durchaus intakt war.

St. Karlbrude, 14. März. Ein 63-jähr. gesch. Tagelöhner fiel die Treppe in seiner Wohnung herunter und zog sich eine Gehirnerschütterung zu, an der er bald starb.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Die Kaiserin Sophie-Wagner.

Darmstadt, 14. März. In der zweiten Kammer erklärte der Minister des Innern v. Homberg zu Vach zu der Angelegenheit mit Sophie-Wagner, daß wegen der öffentlichen Verdächtigungen, die Prof. Wagner in verschiedenen Schriften gegen Weidmann, Dr. Wagner und andere habe, die Staatsanwaltschaft das Strafverfahren gegen Prof. Wagner eingeleitet habe. Die Voruntersuchung sei im Gange. Weidmann sei nicht durchgeföhrt und das Strafverfahren beendet sei, sei es unmöglich, Auskunft darüber zu geben, ob und in wie weit die Vorwürfe gegen Weidmann Wagner begründet seien. Auch das Disziplinerverfahren gegen Weidmann Wagner, das ausgeführt werden sei, bis das Strafverfahren gegen Prof. Wagner beendet sei, lasse zur Zeit ein Urteil nicht zu.

Nationalliberale und Fortschrittliche Volkspartei in der Pfalz.

Franzbrud. 14. März. Aus dem Wahlkreise Frankenthal. In Bad Dürkheim hat am Sonntag eine nationalliberale Versammlung stattgefunden, in der bevorstehenden Landtagswahlwahl im Wahlkreise Frankenthal Stellung genommen. Zur Lösung der Kandidatenfrage wurden mehrere Vorschläge gemacht, jedoch die endgültige Entscheidung einer späteren Versammlung vorbehalten. Bezüglich der nächsten Reichstagswahlen sprach sich die Versammlung

ursprünglichem Zusammenhang mit Schillers Abgang. Ein großer, fast militärisches Unternehmungsvermögen, wie selbst ein Comendant als Befehl hat, ist unverzichtbar, soll die Schauspielerei ihr höchstes Ziel erzielen. Unerschrockenheit. Die aber erzeuge man im alten Burgtheater, so viel große Ereignisse auch mitwirken; und dazu genau man in dem engen Rahmen des Haus- und Vortheatersdienstes, nämlich der Burg das Gefühl intimer Zusammengehörigkeit: Von den Guckstühlen, wo Lehrentsch Adel bei Lee und Scholade lag, bis zum letzten Rang auf dem „Auge“, der Gallerie, ging ein Pulschlag durch das Haus, wenn das Sappho-Bild der Walter auf der Szene stand aber der sanfte Reiz mit dem Höflichkeitstadel geschlichen kam. Einmal hat freilich schon immer den großen Gesamteindruck Adressat genau: der plebejische Unmut, daß man die Lieblinge des Publikums auf der Burghöhe sitz und grau werden läßt, die Rollen mit — Gedächtnis befeht und dem Kadaver zu geringen Raum gönnt. Das wäre in Berlin unmöglich. Im übrigen aber kann das norddeutsche Theater vieles von der Wiener Burg lernen (auch das J. V. das literarische Personalitäten — Vande, Dingelshüt, Wildbrand, Kurzbard) — nicht die schlesischen Theaterleiter sind; ein wenig griechischer Schmelz aber vor allem kann unserer deutschen Bühne heute immer noch aus der Burg kommen, — ein anderes Bild Griechenland allerdings als das der Pallas Sophokles.

Caruso's Smarrung. Aus Neuwied ist vor kurzem bereits berichtet worden, daß Caruso wegen eines Geldleidens sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Der berühmte Tenor befindet sich jedoch nun wieder auf dem Wege der Besserung und wird voraussichtlich schon in den nächsten Tagen wieder singen können. Eine Zeitung warnte ihn die Kerze streng zu bewahren, zu sprechen. Caruso hatte in einem Orchester in Atlantic City Wohnung genommen und gelang kam nicht ein ein-

stimmig für ein tatsächliches Zusammengehen mit der fortgeschrittenen Volkspartei aus, wofür man einen für die ganze Pfalz und für beide Parteien annehmbaren Einigungsmodus zu finden hofft.

Reisepflantern. 14. März. Nachdem die zuständigen nationalliberalen Organisationen der Wahlkreise zu den Bedingungen des Wahlkompromisses mit der fortgeschrittenen Volkspartei Stellung genommen, war der Engere Ausschuss abermals in Beschl. a. O. versammelt, um über die Lage zu beraten. Es wurde beschlossen, durch die Kommissionen der beiden Parteien mündlich weiter verhandeln zu lassen.

Das deutsche Schutzbiet in China feuchtener. Berlin, 14. März. Die das kaiserliche Monarchement aus Diensten meldet, ist das Schutzbiet bis jetzt feuchtener geblieben. Von den zurückgelassenen Offizieren und Mannschaften treten am 10. März von Shanghai aus auf dem Reichspostdampfer „Prinzessin Alice“ die erste Staffel mit 70 Mann vom 1. Teichbataillon und 20 Mann der Marineinfanterie in Kiautschau unter Führung des Oberleutnants Wittfeld, der bisher beim ostasiatischen Departement war, die Detasche aus.

Die Fremden-Region. Paris, 14. März. Das wieder aufgehobene Dekret vom 13. Januar 1910 über die Zulassung zur Fremden-Region besagt: Wer zum Dienst in der Fremden-Region zugelassen werden will, muß besitzen 1. einen Geburtsort oder eine gleichwertige Urkunde, 2. ein Sittenzertifikat, 3. ein Zeugnis der Militärbehörde über die Tauglichkeit zum Militärdienst. Wer die beiden ersten Urkunden nicht besitzt, kann trotzdem verpflichtet werden.

Zuspitzung des Konfliktes zwischen China und Rußland.

Peking, 14. März. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der russische Gesandte erhielt den Auftrag, dem Botschafter eine Note zu überreichen, in der erklärt wird, die russische Regierung erkläre in der Antwort der chinesischen Regierung über die Beschränkung des russischen Handels durch Monopole und über die Errichtung von russischen Konsulaten im Bezirk Kobebe Beweise unfreundlicher Gesinnungen seitens China. Dieses entsetze den genauen Sinn der Vertragsbestimmungen durch das Bestreben, den russischen Untertanen und zu russischen Handel gebührenden Vertragsrechten jede Bedeutung zu nehmen. Die Regierung fordert die Chinesische auf, die Folgen einer derartigen Handlungsweise zu erwägen, die unvermeidlich zu einer Störung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und China führen werden.

Die Vereinigten Staaten und Mexiko.

Newyork, 14. März. (Associated Presse.) Auf die offiziellen Vorstellungen des mexikanischen Botschafters kündigte das Staatsdepartement an, die amerikanischen Kriegsschiffe würden die mexikanischen Häfen lediglich zur Kohlenaufnahme anlaufen. Die Meldungen aus Galveston, daß die Mobilisierung des zweiten Armeekorps angeordnet worden sei, wurden vom Staatssekretär des Krieges dementiert. Der mexikanische Botschafter in Newyork erklärte, es herrsche zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der Mexikos das beste Einverständnis. Präsident Taft brühte ihm die abermalige Freundschaft Amerikas aus.

Berliner Drahtbericht.

Ein angenehmes Dienstmädchen.

Berlin, 14. März. Ein angenehmes Dienstmädchen kam seit fast drei Jahren im Dienst des Fleischermeisters Emil Brandt in der Prenzlauerstraße. Das allgemeine Vertrauen, das der 37-jährigen Wina Brandt entgegengebracht wurde, machte diese in ungewöhnlicher Weise zu Diebstählen aus. Aus dem Vorratsschrank des Meisters entwendete sie im Laufe ihrer Dienzeit über 10,000 Mark. Zwar wurden die Diebstähle immer selbener, aber niemals fiel der Verdacht auf das Mädchen, das sich stets eilig an der Ermittlung des Diebes beteiligte. Es hat das auf unerklärliche Weise erworbenem Geld mit seiner Diebstahler durchgebracht. Die Waise wurde auf seiner Tat erwischt. Sie legte sofort ein Geständnis ab, sie wurde nicht ihrem Diebhaber in Haft genommen.

Die Kommission für die reichsländische Verfassungsfrage.

Berlin 14. März. Die Reichstagskommission für die elsaß-lothringische Verfassung trat heute zum erstenmal mit den Erklärungen des Staatssekretärs Dr. Delbrück zusammen. Zentrum (Delbrück), Volkspartei (Müller-Meinungen) und Nationalliberale (Wassermann) haben Anträge gestellt, die übereinstimmend die von den verbündeten Regierungen zugestandenen 3 Bundesratsstimmen abzulehnen. Der Antrag der Volkspartei geht im übrigen in der Hauptsache auf die Regierungsvorlage zurück, die Anträge der Nationalliberalen wollen darüber hinaus eine gesetzliche Sicherheit schaffen gegen eine weitere Ausdehnung der Befugnisse des Statthalter. Der Zentrumsantrag will dem Statthalter die Befugnisse geben, die Minister zu ernennen und zu entlassen. Der Vorsitz der Reichspartei stellt sich auf den neuen Standpunkt der Vorschläge der Regierung. Eine Niederlage der einen oder anderen Partei war darin nicht zu erblicken, insbesondere sei die Rechte nicht durch das laudinische Joch gegangen, das ihr vom Zentrum auferlegt werden sollte. Es handle sich darum, endlich einmal Frieden zu schaffen. Ein Recht auf den Bundesstaat und besonderen Statthalter hatten die Elsaß-Lothringern nicht. Von Unterdrückung, Unterjochung und Knechtung Wanne keine Rede sein, dem autonoministischen Schwindel müsse ein Ende gemacht werden. In weiteren Zugeständnissen über die der verbündeten Regierungen hinaus könne die Hand nicht geboten werden. Redner verlangt insbesondere die Befreiung Paul von seinen Lippen; legat mit seinem Diener verkehrte er nur auf schriftlichem Wege, indem er seine Befehle oder Wünsche mit Bleistift zu Papier brachte. Als ihm endlich zum ersten Male erlaubt wurde, höflichst wieder zu sprechen, war er so glücklich, daß er befohlen, das freie Ereignis besonders zu feiern. Er tat das dadurch, daß er sich einen wunderbaren Smaragden kaufte, der einen Wert von mehr als 10000 Mark hat. Es handelt sich dabei um einen einjährigen Edelstein, der 5 cm lang und 2 1/2 cm breit ist und der vor etwa 40 Jahren in Südrussland von einem amerikanischen Händler angekauft worden war. Als Caruso den Stein kaufte, bildete er den Hauptbestand einer mit Perlen und Brillanten besetzten Brosche, aber der Sänger will sich seinen Smaragden zu einem Ring umarbeiten lassen, den er als Andenken an seine Stellung immer zu tragen gedankt.

kleine Mitteilungen. Fritz Weingartner, der zukünftige erste Kapellmeister des Hamburger Stadttheaters, der dort in einem Eintrags-Konzert Werke von Beethoven, Berlioz und Wagner dirigierte, wurde bereits bei seinem Erscheinen auf dem Podium von dem Publikum, das den großen Saal der Musikhalle bis auf den letzten Platz füllte, durch eine minutenlang anhaltende Ovation ausgezeichnet. Diese spontane Oudigung für den Künstler war gleichzeitig eine Demonstration gegen einen Teil der Hamburger Musikkritik, die sich sehr kurz gegen die Berufung Weingartners an das Stadttheater ausgesprochen hatte. — Sie aus Wien gemeldet wird, wurde gestern Direktor Hans Gregor in Wien vom Kaiser Franz Josef empfangen, der sich bei einer längeren Audienz mit dem neuen Leiter seiner Oper eingehend unterhielt und ihn des besonderen Vertrauens verdächtete, mit dem er bei der Wirtenschaft des neuen Opernfelds eingegriffen.

der deutschen Sprache und schärfere Ueberwachung der fremdsprachigen Zeitungen. Der Vorsitz der Zentrumskomitee betonte, daß Elsaß-Lothringen jetzt in die Reihe der Bundesstaaten anträte, sei ein Fortschritt, den seine Partei ablehne. Die praktische Bedeutung der drei Bundesratsstimmen bezüglich einer Ueberbestimmung Preußens im Bundesrat sei nicht erhellend. Redner vertritt den Zentrumsantrag. Der sozialdemokratische Vertreter lehnt den Vorschlag des Zentrums, der sich formell und inhaltlich mit demjenigen der Regierungspartei deckt, ab. Elsaß-Lothringen werde nur scheinbar im Bundesrat vertreten sein, während in Wahrheit die Instruktion der Bundesratsstimmen durch den Kaiser erfolge. Nachdem der sozialdemokratische Antrag abgelehnt sei, wurde jetzt eine unbedingte Lösung, eine vielleicht unlösliche Aufgabe versucht. Da die Sozialdemokraten die Voraussetzungen des Artikels 1, nämlich die Kaiserliche Gewalt ablehnten, so kamen sie auch zur Verwerfung der anderen Anträge.

Die volksparteilichen und nationalliberalen Antragsteller erörterten ihre Anträge. Der Vertreter der Konservativen nimmt Bezug auf seine Erklärung in der ersten Sitzung im Plenum. Er wolle sie nicht wiederholen. Seine Partei stehe nach wie vor auf einem ablehnenden Standpunkt. Der Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung bekennt sich gleichfalls als entschiedener Gegner der Vorlage. In den Zugeständnissen der Regierung sieht er eine Entmannung Preußens.

Staatssekretär Dr. Delbrück erkennt an, daß die drei Anträge im Prinzip sich auf dem Boden der Zugeständnisse der verbündeten Regierungen bewegen. Nur bewege sich der Antrag des Zentrums in einigen Punkten neben der Sache. Der Staatssekretär empfiehlt, sich auf die grundsätzlichen Bestimmungen der Anträge der Linken zurückzugehen. Der Zentrumsantrag sei aus geschichtlichen Gründen nicht zweckmäßig. Dr. Delbrück wendet sich gegen den Redner der Konservativen und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Man könne verschiedener Meinung sein über die Richtigkeit der Zugeständnisse Preußens. Er müsse aber entschieden Verwahrung dagegen einlegen, daß es sich um eine Selbstentmannung handle. Der Vorschlag sei aber auch sachlich durchaus unrichtig. Die „Post, Fig.“ habe die Zugeständnisse als eine Demütigung Preußens hingestellt. Er müsse hier erklären, daß Preußen die Vorschläge und Zugeständnisse völlig freiwillig gemacht habe, sobald von einer Demütigung in keiner Weise die Rede sein könne. Weder im Bundesrat noch außerhalb desselben habe Preußen an Ansehen verloren. Es sei seiner Aufgabe als führender Staat in jeder Beziehung gerecht geworden.

Das elssässische Mitglied der Reichspartei behauptet die Aufhebung des Redners der Wirtschaftlichen Vereinigung, der die Verhältnisse Elsaß-Lothringens augenscheinlich nur aus den Zeitungen kenne.

Das Ziel der Selbständigkeit sei Elsaß-Lothringen 1871 gesetzt worden, indem man ein Reichsland geschaffen habe. Man werde in Elsaß-Lothringen dieses Ziel weiter verfolgen. Das keine Zufriedenheit bei den Elssässern erzielt werde, sei irrig. Bei dem größten Teil der Bevölkerung werde sie mit dem Begrüßung. Der Vertreter der Sozialdemokratie wendet sich gleichfalls gegen die Ausführungen des Redners der Wirtschaftlichen Vereinigung. Ein Vertreter der Konservativen bezeichnet die Vorlage als ein Ausnahmengesetz gegen Preußen, da die drei Bundesratsstimmen nur gegen Preußen gelten sollten. Die Regierung habe seit der ersten Sitzung ihren Standpunkt grundsätzlich geändert. Seine Parteifreunde seien auf ihrem Standpunkt stehen geblieben. Hier solle ein Zwitwerg zwischen Reichsland und Bundesstaat geschaffen werden. Der Statthalter solle Kollege des Kaisers werden, das sei unannehmbar. Der Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung beklagt sich über die Unzufriedenheit der Herren von der Regierung. Es mache einen unangenehmen Eindruck, daß in dem Augenblick, wo der Bevölkerung von Elsaß-Lothringen ein so großer Beweis des Vertrauens gegeben werde, die elssässischen Abgeordneten bei der Abstimmung über die Militärvorlage durch Abwesenheit glänzten.

Die Abstimmung ergibt in der Hauptsache die Annahme der Anträge der Linken.

Im Zentrumsantrag heißt es: Die Staatsgewalt wird in ihm (dem Reichsland) vom Kaiser im Namen des Reiches ausgeübt.

Die Worte „im Namen des Reiches“ werden mit 14 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Die Abstimmung über die drei Bundesratsstimmen in der von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen Fassung werden mit 18 gegen 9 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Konservativen, Wirtschaftliche Vereinigung und die Sozialdemokraten. Ein Mitglied der Reichspartei war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Die Wiederberufung der Paragrafen 1 und 2 der Regierungsvorlage, wonach die Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen vom Kaiser ausgeübt wird und an der Spitze ein Statthalter steht, der vom Kaiser unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers ernannt und abberufen wird, wird mit der gleichen Stimmenmehrheit, 18 gegen 0 Stimmen beschlossen.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

„Die Ehrlust hat sich gehoben“.

Schönen, Post Wundloch, Remmich, 29. März. 68. Unter Lichterchen Olga hatte vor 3 Jahren Waisen und Dungenen) Ludwig durchgemacht, die sie zwar glücklich überwand, wodurch aber der Organismus des Kindes sehr an Widerstandsfähigkeit verlor. Seitdem hat sich die Kleine besonders im Winter nie mehr recht wohl geföhlt, nicht wollte sie mehr schlafen, und wir waren immer froh, wenn der Winter hinter uns lag. Am unser Kind zu kräftigen, entschloßen wir uns, Olga, als sie 7 Jahre alt war, Scott's Emulsion zu geben, die von ihr selbst gern genommen wurde. Mit dem ersten Erfolg sah wir sehr zufrieden, denn die Kleine hat sich erholt, das Aussehen des Kindes ist ein weit trüheres als früher, und es hat auch in einem Wochen verlebene Stand an Gewicht zugenommen. Die Gewichtszunahme bedeutet in diesen Fällen auch die langverheißene erhöhte Widerstandskraft.

(gez.) Paul Wulow und Frau.

Scott's Emulsion ist seit Jahrzehnten erprobt und beliebt. Im Laufe der Zeit sind ihr aber zahlreiche Nachahmungen erwachsen, deren Fälschung der echten Scott's Emulsion oft täuschend ähnlich nachgemacht ist. Wer sich daher vor Fälschungen, die minderwertige Emulsionen nach sich ziehen, hüten will, der verlange ausdrücklich Scott's Emulsion und bestelle darauf, das Gemüchlein auch zu erhalten. Das Kennzeichen der echten Scott's Emulsion ist unsere charakteristische Schlangenfälschung.



Berliner Effektenbörse.

Table of Berlin stock market prices for various companies and bonds, including Reichsbank, Deutsche Bank, and various industrial stocks.

Table of private bank discounts (Privatdiskont) for various banks and locations.

Table of Paris stock market prices (Pariser Börse) for various securities and bonds.

Table of Vienna stock market prices (Wiener Börse) for various securities and bonds.

Table of Frankfurt stock market prices (Frankfurter Effektenbörse) for various securities and bonds.

Table of stock prices for various industrial companies (Aktien industrieller Unternehmen).

Table of mining stock prices (Bergwerksaktien) for various mining companies.

Table of bank and bond prices (Bank- und Verschönerungs-Aktien).

Table of shipping and telegraph stock prices (überseeische Schiffsahrts-Telegramme).

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Table of shipping and telegraph services, listing various companies and their routes.

Geschäftliches.

Textual news and business announcements, including reports on shipping companies and local events.

Wichtiges in Mannheim vom 10. März.

Local news and announcements from Mannheim, dated March 10th.

Wichtiges in Mannheim vom 11. März.

Local news and announcements from Mannheim, dated March 11th.

Wichtiges in Mannheim vom 12. März.

Local news and announcements from Mannheim, dated March 12th.

Wichtiges in Mannheim vom 13. März.

Local news and announcements from Mannheim, dated March 13th.

Wichtiges in Mannheim vom 14. März.

Local news and announcements from Mannheim, dated March 14th.

Wichtiges in Mannheim vom 15. März.

Local news and announcements from Mannheim, dated March 15th.

Advertisement for Darman, a laxative medicine, featuring the brand name and a small illustration.

Advertisement for 'Das Wunderland, wo die Zitronen blühen' (The wonderland where lemons bloom).

Gehr. Manes

Strohmarkt □ Mannheim □ Planken, P 4, 12

Herren-Schneiderei für feine Mass-Garderobe

unter Leitung eines renommierten Zuschneiders.

Wir empfehlen unsere Massschneiderei zur Lieferung vornehmer Herrengarderobe nach Mass.

Die Auswahl in engl. und deutschen Stoff-Neuheiten ist eine reichhaltige.

Unsere Mass-Garderobe zeichnet sich durch hervorragend aparte u. feste Fassons, wie besonders exakte Verarbeitung aus und dürfte wohl den verwöhntesten Kunden befriedigen.

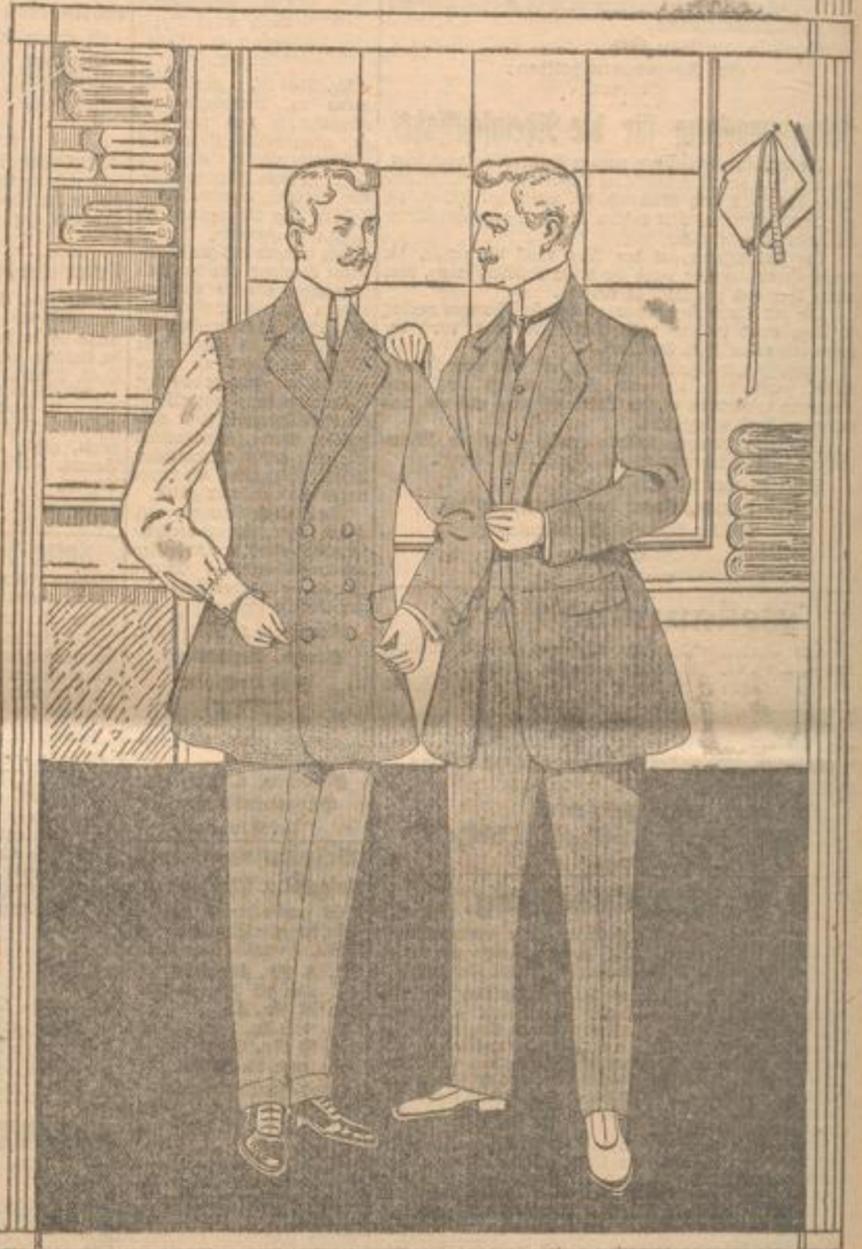
Die von uns eigens in unserem Massatelier gefertigten neuen Frühjahrs-Modelle erregen das grösste Interesse der Herrenwelt.

Die Preise haben wir, um unserer Massschneiderei in den weitesten Kreisen Kunden zu erwerben, äusserst niedrig gestellt.



Herren-Anzüge nach Mass von Mk. **60⁰⁰** anfangend

Herren-Paletots nach Mass von Mk. **60⁰⁰** anfangend



Heinrich Möbus, Sohn
D 2, 15 MANNHEIM Verl. Kunststr.
Musikalien-Leihanstalt
ca. 10 000 Nummern. — Wöchentliche Zahlung oder Abonnement. — Auch nach Auswärts. 40315
Moderne Leihbibliothek.

Wechsel-Formulare
Dr. B. Baas'sche Buchdruckerei G. m. b. H.

Luft-Reiniger Aërozon
für (Simplex)
Schlaf-, Kranken- u. Kinderzimmer
Klosets, Fabrikräume etc.
Kompl. Apparat Mk. 3.50, 1000
Waldluft-Essenz Mk. 1.50.
Parfümerie Otto Hess, E1, 19.

Beamte = Angestellte
Kann unter strengster Discretion ihren Bedarf in Teppichen, Gardinen, Herd-, Feueranlagen, Tischdecken, Divanbetten, Schlafbetten, Sesseln, Spiegeln u. Verhüll-Bettdecken, Simulacrum und Divanum-Teppiche etc. von einem Spezial-Geldhändler Mannheimer unter bequemsten Zahlungsbedingungen ohne Preisaufschlag erhalten.
Offerten unter Nr. 11633 an die Expedition des Mannheimer General-Anzeigers, E 6.

Mannheim Strohmart 04.40
RUDOLF MOSSE
28/40 Ps. Auto
Marke Bianchi
wie neu, mit hervorragend Prima Motoren, in verschiedenen, auch mit 2 kleineren Wagen mit in Eisenrechnung genommen. Näheres unter Caffre S. U. 0506 an Rudolf Mosse, Stuttgart, 10891

Prima Existenz
für Mannheim, eventl. ganz Baden ist der Alleinvertrieb eines patent. Kristsels, welcher von Schneibern, Schneebesen oder dergl.igen Geschäften fern gekauft wird, zu vergeben. ca. 500 Stk. für Lager erforderlich. Off. unt. F. Z. P. 3027 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M., 10890

Verloren
1 Brillantiring
Bestehend aus 1 Stein, ummüsst mit 1000 C. in 2 vornehm. Werkst. gute Beschaffenheit
Q 5, 2, 2. Sted.

Vermischtes
Bei Zahlungsschwierigkeiten empf. sich Alt. Kaufm. zur Vermid. v. Konten. Nachweisbare Erfolge. Off. u. Nr. 53725 an die Koch. h. H.

600 Kerzen-Licht
für 6 Pfg. pro Stunde.



R. W. Gaslampe
2-Flammig 300 Kerzen M. 25.—
4 — 600 — 45.—
mit bunt. Laterna 12 u. 15 Mk. mehr.
Brennkohlen 4—6 mal so billig wie bei elektr. Hogen- und Metallflammenlampen.
Rudolf Weikel, c. 2. 2.
Brennerfabrik, Tel. 3014, 3745

Verkauf
A ter Malaga
garant. echt und rein, vorzüglich für Gesunde und Kranke, die Fl. M. 1.50. 50793
Jaegers Teehaus, P. 7, 1.

Pianino
der Sopranofabrik Schwaben, inello erhält, sehr billig, Pianino der Sopranofabrik Singer, 4 Monate copiert, äußerst preiswert, Bölow-Sopranopiano, fast neu, in Eichen, mit Flügelton, ansehergewöhnlich billig bei **Siering, C 8, 8.**

Zu verkaufen:
Enalither Cob-Hunter
Hund mit weisser Blüte, aufbaum elegant 5 Stk. Stäbe, stumpf und strapazierfähig. Abolur schneid. 55328
Wittweicher von Richard, Karlsruhe.

Stellen finden
Ein heiliges brav. Mädchen ist unter 18 Jahren für alle Haushalten gesucht. 40979
Höggers K 7, 29, partem.

Wir haben einen fleißigen und soliden 58328
Schlosser
für dauernde Beschäftigung. Am liebsten verheiratet mit kleiner Familie, da freie Wohnung, Heizung, Licht u. Garten zur Verfügung stehen.
Koch & Co., G. m. b. H.
Papier- u. Kunstlederwerke Unter-Waldmühlweg im Odenw.

Sehr bedeutende, gut renommierte **Chemische Fabrik** des Rheinl. sucht für ihre Abteil. Wa. Hieren-Schmie-Oele, in der sie hervorragende, anhaltend unerreichte Spezialitäten herstellt, überall 10892

tücht. Platzvertret.
Berücksichtigt. finden wir ganz sichere Herren, die den Nachweis erbringen können, daß sie vermöge ihrer gesellschaftlichen Stellung über wirklich gute persönliche Beziehungen zu den Verlegern, resp. Verleibern der an dem Sonntag und nächster Angelegenheit befindlichen Industrie-Unternehmen verfügen.
Wandereintritte werden nicht verlangt, da der Standesbezug in Deutschland in einem durchaus hochlandigen Generalvertreter erfolgt. Ganz ausserordentlich werden noch Mannheimer unter Postlagerkarte No. 97 überm.

Wachtung!
Leute gesucht zum Betrieb einer Patent-Druckerei. Gröndl. Markt 6.—, Höggers K 2, 21, partem, 3—7 Uhr. 40951

Stellen suchen.
Kaufmann gelehrt. Alter mit guten Kenntnissen, in Buchh. u. Kassenbuchführung langjährige Tätigkeit in verschiedenen der Herren- u. Odenw. sucht vollst. oder teilw. Beschäftigung. Näheres unter F. Z. P. 3027 an die Exped. unt. Nr. 46715 an die Exped.

Mädchen, jüngere u. ältere mit Comptenbuch führen sol. od. 1. April Stelle. Hr. Wehler, H 9, 7a, Tel. 4611. 40958
eine unabhängige Frau die in besten Diensten geübt hat, geht nach und nach. 46954
J 4 n. 1, 2 Sted.

Mietgesuche.
Laden im Zentrum d. Stadt eventl. m. 2—3 Zimmern. 40975 an die Exped. E 6.

Möbl. Zimmer
Q 2, 13 1 St. gut möbl. Balkenstimmer für zu vermieten. 40976